

Rudolf Stichweh

POLITISCHE DEMOKRATIE UND DIE FUNKTIONALE DIFFERENZIERUNG DER GESELLSCHAFT ZUR LOGIK DER MODERNE

POLITISCHE DEMOKRATIE UND DIE
FUNKTIONALE DIFFERENZIERUNG
DER GESELLSCHAFT
ZUR LOGIK DER MODERNE

RUDOLF STICHWEH

FIW WORKING PAPER NO. 03

INHALT

	1. Frühneuzeitliche soziopolitische Ordnungen.	6
	Schweden 1100-1850	
	2. Die Entstehung von Demokratie in der amerikanischen	11
	Revolution (1776-1787)	
	– John Adams und John Taylor 1787	
	3. Funktionale Ausdifferenzierung des Politischen Systems	16
04	– Demokratie als die Inklusionsordnung der Moderne	
	4. Alternativen zu Demokratie: Autoritarismus	24
	Literatur	28
	Über den Autor	30

IMPRESSUM

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Forum Internationale Wissenschaft
Heussallee 18-24
53113 Bonn

Tel.: +49 228 73 62986
Internet: www.fiw.uni-bonn.de/publikationen
E-Mail: fiw@uni-bonn.de
Layout: roemer und höhmann strategisches design
Satz: Aileen Völlger & Anna Paulitsch
ISBN 978-3-946306-02-3

ABSTRACT

Der Text untersucht die Entstehung und Durchsetzung von Demokratie aus den politisch-sozialen Ordnungen heraus, die das spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Europa bestimmt hatten. Er skizziert diese Ordnungen am Beispiel der Sozialstrukturen Schwedens im Zeitraum von 1100 bis 1850, in dem sich aus einer egalitären Bauerngesellschaft des Mittelalters eine ständische Sozialstruktur entwickelt, die sich politisch im Reichstag als einem vierkameralen System spiegelt, in welchem Adel, Klerus, Bürger und Bauern die vier »Kammern« bilden (Teil 1). Im nächsten Schritt analysiert der Text die amerikanische Revolution, die demokratisch genau in der Hinsicht ist, dass sie mit diesem ständischen Prinzip der Spiegelung einer vorpolitischen Sozialordnung in die politischen Institutionen des Staates bricht, stattdessen ein Geflecht von Institutionen schafft, das auf dem Prinzip der natürlichen Gleichheit aller Menschen und dem der gleichen und gleichberechtigten Mitwirkung aller Individuen ruht. Ungleichheiten gibt es auch in diesem System, aber sie sind das Resultat politischer Prozesse (»artificial inequalities of civil government«) und nicht infrastrukturelle Voraussetzungen, die die politischen Institutionen zu übernehmen haben (Teil 2). Der dritte Teil des Arguments skizziert in systematischer Perspektive diese neue Form der Berücksichtigung der sozialen Umwelt des Politischen, die auf Individualität gebaute Inklusionsordnung der Moderne, und versucht eine Minimalbeschreibung der wichtigsten dazu gehörigen Strukturen (Politik als System sachbestimmten Entscheidens, Öffentlichkeit, Massenmedien, Wahlmechanismen, Innendifferenzierung des Politischen in Regionen und Entscheidungsebenen). Im abschließenden Teil (4) fragt der Text, warum auch in der modernen Welt autoritäre Regimes neben demokratischen Regimes fortexistieren und neu entstehen. Wenn demokratische Politik eine autonome Sphäre der gesellschaftlichen Wert- und Normbildung ausdifferenziert, die extern vorgegebene Werte und Normen (außer denen der Egalität und Individualität) abweist, scheint Autoritarismus immer dort eine Chance zu haben, wo es präexistente Wert- und Normenordnungen anderer Sozialsphären gibt oder diese sich neu bilden, die den politischen Prozess determinieren, aber in ihm nicht in Frage gestellt werden dürfen.

1. FRÜHNEUZEITLICHE SOZIOPOLITISCHE ORDNUNGEN. SCHWEDEN 1100-1850

06

Die Überlegungen dieses Textes tragen ein Argument vor, das die Theorie und Geschichte funktionaler Differenzierung betrifft. Vergleichbare Überlegungen lassen sich mit den erforderlichen Spezifikationen für jedes der Funktionssysteme der modernen Gesellschaft ausarbeiten: Es geht um die Formen und die Ordnungen der Inklusion in der modernen Gesellschaft, die Vorstellungen über Individualität und Kollektivität, auf denen Inklusion in moderne Funktionssysteme ruht. Der vorliegende Text wählt aber nicht diesen vergleichenden, allgemeinen Zugang, der mehrere Funktionssysteme einschließt. Er beschränkt sich auf das politische System der Weltgesellschaft, die Vielzahl der Staaten, aus denen dieses in einer ersten Annäherung besteht, und in diesem System der Staaten auf die Herausbildung von Demokratie in zunächst einigen wenigen dieser Staaten. Der Text versucht die wichtigsten Umbrüche in der Ordnung politischer Inklusion zu identifizieren, die mit der Entstehung von Demokratie einhergehen und diese heraufführen. Und er interessiert sich zweitens für das Verständnis und die Erklärung des Sachverhalts, dass in der Gegenwart, nach zweihundertundfünfzig Jahren langsamer Etablierung der Demokratie als dominanter politischer Form, autoritäre politische Alternativen erhalten bleiben und in relevanten Hinsichten politisch und gesellschaftlich »erfolgreich« sind. Wo genau sind die historischen Verzweigungspunkte, an denen sich entscheidet, welche Variante von Demokratie oder welche Variante von Autoritarismus ein bestimmtes politisches Regime ausbildet? Und wie gehen diese variierenden politischen Regimes jeweils mit den Grundfragen politischer Inklusion um?

Die Überlegungen beginnen mit einer kleinen Fallstudie, deren Ziel nur darin besteht, die Umrisse meines Arguments am Anfang anschaulich werden zu lassen. Ich wähle Schweden als Fall, der in politischer Perspektive nicht uninteressant ist. So steht im »Economist Index of Democracy« für 2014 Schweden unter 167 erfassten Ländern hinter Norwegen an zweiter Stelle [1]. Schweden ist eine auffällig erfolgreiche, eine bemerkenswert angesehene Demokratie. Insofern kann man fragen, wie weit bereits in früheren Sozialstrukturen Indikatoren ersichtlich sind, die auf spätere Demokratisierungserfolge hindeuten mögen.

Diese früheren Sozialstrukturen sind die ständischen Ordnungen des alten Europa, die im 18. und 19. Jahrhundert durch die Sozialstrukturen der Moderne abgelöst worden sind. Schweden war immer schon – und das ist auch heute noch der Fall – ein durch einen bemerkenswerten Grad von Egalität charakterisiertes Land. Wenn wir in den Zeitraum des frühen Hochmittelalters gehen, dann haben wir im Grunde mit einer noch nicht spezialisierten Bauerngesellschaft zu tun, einer »bonde«-Gesellschaft, wie das schwedische Wort heißt [2]. Man kann für diesen frühen Zeitraum, ungefähr von 1100-1300 fragen, welche anderen sozialen Unterscheidungen, außer der von Bauern und anderen, nichtbäuerlichen Schichten, gab es überhaupt noch, welche traten neu hervor

[1] Economist 2014

[2] Scott 1988

und welche verschwanden in diesem Zeitraum? Es gab natürlich Sklaven und Freie, noch im 13. und 14. Jahrhundert gab es relativ viele Sklaven in Schweden, wie es sie irgendwann überall in Europa gegeben hatte, aber der Einfluss der Kirche führte 1335 in Schweden zur Abschaffung der Sklaverei, insofern war diese Unterscheidung von Sklaven und Freien eine Unterscheidung, die jede Relevanz verlor.

Es gab die Städte, vor allem eine, Stockholm, die immer und vor allem damals die größte schwedische Stadt war und in gewisser Hinsicht in dieser Zeit keine schwedische Stadt war: Der Einfluss der Fremden, der Ausländer, war überwältigend. Die Ausländer waren selbstverständlich im Stadtrat vertreten, und es war zeitweise eine Mehrheit der Ausländer im Stadtrat garantiert. Stockholm wies insofern die auch für viele andere europäischen Städte dieses Zeitraums charakteristischen sozialstrukturellen Züge auf [3]. Es war eine Assoziation oder Korporation von Fremden auf einem Territorium, das als Territorium jenseits der Stadt Stockholm durch andere sozialstrukturelle Eigentümlichkeiten bestimmt wurde als durch diejenigen, die für die Fremden – überwiegend waren es ja Händler – zum Motiv wurde, sich in der Stadt Stockholm niederzulassen. Die Korporation von Fremden war im Übrigen eine privilegierte Korporation, was hieß, dass sie ihr eigenes inneres Sonderrecht anzuwenden berechtigt war. Die Spuren dieser starken korporativen Etablierung von Fremden sind heute, wenn man durch die Stadt geht, noch leicht an den Bauten und Kirchen der fremden Gemeinschaften im Stadtbild von Stockholm zu erkennen.

07

Es existierten drittens, in dieser bäuerlich geprägten Gesellschaft, Ansätze der Ausgliederung des Handwerks, entweder aus der bäuerlichen Arbeit heraus, oder auf der Basis von Spezialisten, die aus anderen europäischen Ländern rekrutiert wurden. So sind in diesem Zeitraum Schuhmacher (»skomakare«), Zimmerleute (»timmerman«) und weiterhin Schlachter (»slaktare«) und andere Spezialisten teilweise einheimischen, teilweise fremden Ursprungs in Schweden identifizierbar. Eine vierte nahestehende ständische Gruppierung verbindet sich mit dem Bergbau, der bereits in dieser Zeit bedeutend war und dies bis ins 19. Jahrhundert in Schweden blieb, und beim Bergbau geht es vor allem um die Kupfermine in Falun. Mit dem Mineralbergbau verknüpfte sich die Metallverarbeitung, die für Jahrhunderte neben der Landwirtschaft die wichtigste gewerbliche Basis Schwedens war.

Es gab selbstverständlich auch bereits in dieser Zeit als eine weitere Gruppierung den Klerus, eine soziale Gruppe, die sich wegen des Zölibats nicht selbst zu reproduzieren imstande war. Der Klerus war in diesem Zeitraum und für Jahrhunderte danach eine relativ große soziale Gruppe, die bereits ein Stand zu nennen war, in einer Gesellschaft, die zwar erste Differenzierungen und Spezialisierungen hervorbrachte, aber in ihrem Kern noch nicht eine durch die symbolischen Hierarchien der Stände geprägte und geformte Gesellschaft war. Dieser letzte Gesichtspunkt ist für das Argument in diesem Text zentral: Beobachtbar waren in Schweden zwischen 1100 und 1300 die Ansatzpunkte der Ausdifferenzierung von Ständen, vor allem Anfänge der Ausdifferenzierung eines »Hochstandes« von Laien, einer Art von Adel, das einheimische Wort war »frälse«, ungefähr wiederzugeben als »privilegierte Leute von Stand« – und die Privilegierung, die hier ausgesprochen wurde, bestand vor allem in einer Steuerbefreiung des Landesbesitzes durch den schwedischen Monarchen, auf deren Basis die von ihr Begünstigten in eine adelsähnliche Position hineinwanderten. Die Leute, denen diese Steuerbefreiung zugesprochen wurde, waren vor allem die politischen Berater des Monarchen, weiterhin alle jene Leute, die zur Entourage des Erzbischofs gehörten, der seinen Sitz in Uppsala hatte, im weiteren das soziale Umfeld der anderen Bischöfe, die langsam

[3] Stichweh 2006

hinzukamen, und schließlich alle diejenigen, die in den Krieg auf ihren eigenen Pferden eingreifen konnten, eine Bedingung, die in Schweden von großer Bedeutung war, da die Nation über Jahrhunderte hinweg eine europäische militärische Großmacht zu sein versuchte. Aber das waren nur die Anfänge einer ständischen Differenzierung, die wir in diesem Zeitraum beobachten können.

Es ist der ständische Charakter einiger dieser Gruppen noch näher zu klären und zu bestimmen. Alle ständischen Gruppen schließen Personen mit der Gesamtheit ihrer Lebensführung ein, beziehen ihre Inklusionsansprüche gegenüber Personen ausnahmslos auf alle gesellschaftlichen Vollzüge, in die die Person involviert ist und sie weisen der Person einen stabilen gesellschaftlichen Rang zu, der ein unveränderlicher Rang ist. Man wird in ihn bereits hineingeboren, und er bleibt – wenn man einmal die dramatischen Auf- und Abstiege auslöst, die faktisch natürlich vorkommen – lebenslang erhalten. Aber noch ist es in der schwedischen Gesellschaft zwischen 1100 und 1300 nur ein kleiner Teil der Gesellschaft, der in Ständen jenseits des Bauerntums lebt.

Wir wollen als Nächstes eine zweite Momentaufnahme der Sozialordnung Schwedens versuchen. Der Beobachtungszeitpunkt wird um 400 bis 500 Jahre verschoben, in den Zeitraum von 1700 bis 1850, in dem wir einerseits die Vollausbildung einer ständisch-politischen Sozialordnung konstatieren können und sich andererseits auch bereits der Umbruch abzeichnet, in dem durch eine konflikthafte Sequenz von Umbauten eine demokratische Ordnung entsteht und diese ein Teil einer funktional differenzierten Gesellschaft wird. Es gibt in diesem Zeitraum eine klar ausgegrenzte, gut erkennbare Oberschicht, in der schwedischen Terminologie »Personen von Stand« (»standspersoner«), das sind ungefähr fünf Prozent der Bevölkerung. Schweden hat um 1800 annäherungsweise zwei Millionen Einwohner (heute 9,7 Millionen), so dass wir von einer relativ großen Population von 100.000 Menschen sprechen, die in diesem Sinn Personen von Stand sind. Von diesen fünf Prozent der Bevölkerung fallen einige in die Klasse der privilegierten Personen von Stand (»frälse«), die anderen sind unprivilegierte Personen von Stand, die historisch später hinzugekommen sind und nicht dieselben Steuerprivilegien erhalten haben.

Aus diesen fünf Prozent der schwedischen Bevölkerung gilt für die Teilgruppe der Personen von Stand, dass sie eine Vertretung im Reichstag beanspruchen können. Zu diesen gehört zunächst einmal der Adel, 0,5 Prozent der Bevölkerung, ca. 9.000-12.000 Personen; zweitens der Klerus, eine Gruppe, die deutlich größer als der Adel war, aber kontinuierlich geschrumpft war und am Ende der Periode um 1850 nur noch 0,5 Prozent der Bevölkerung ausmachte, also zu diesem Zeitpunkt ähnlich groß wie der Adel war. Es gibt drittens wachsende Zahlen privilegierter bürgerlicher Personen von Stand: Dazu gehört der sogenannte Hafenadel, also Personen, deren gesellschaftlicher Rang sich der Übernahme wichtiger Funktionen in den Häfen verdankt, die Manufakturbesitzer, viele Händler und besonders qualifizierte Handwerker. Es handelt sich bei dieser letzteren Gruppe ungefähr um zwei Prozent der Bevölkerung, also 40.000 Personen.

Diese drei Gruppen sind als ständische Interessengruppen im Reichstag vertreten und stimmen in der jeweiligen Gruppe kollektiv ab. Zu den Personen von Stand tritt eine weitere Gruppe hinzu, denen die Privilegien fehlen. Erneut handelt es sich ca. um zwei Prozent der Bevölkerung und hier haben wir es mit jenen zu tun, die auf der Basis in späteren Jahrhunderten entstehender Spezialisierungen unter die Personen von Stand aufgenommen wurden, ohne dass ihnen eine Repräsentation im Reichstag eingeräumt worden wäre. Vermutlich tritt diese Gruppe in Schweden später auf als anderswo in

Europa. Es sind die Personen, denen in anderen europäischen Ländern schon im Hochmittelalter eine teilweise überragende Bedeutung zukam, Personen, deren gesellschaftliche Wichtigkeit sich auf Wissen und Gelehrsamkeit stützt und die sich in einem Teil ihres Lebensweges mit den Universitäten verbunden hatten. Es handelt sich um Beamte, um Offiziere, um Doktoren der Medizin, Lehrer, Juristen und weiterhin Gruppen mit deutlicher ausgeprägtem schwedischem Profil, die Eisenmeister und die Inspektoren der Bergwerke. Bei allen diesen Berufsgruppen handelt es sich um Wissenseliten und zugleich um historisch zu spät Gekommene, denen eine Repräsentation im Reichstag nie mehr zugestanden worden ist, worin sich natürlich zugleich ein Relevanzverlust der zugehörigen politischen Ordnung abzeichnet, weil diese die gesellschaftliche Struktur nicht mehr adäquat erfasst.

Es existiert eine weitere, in diesem Fall sehr große gesellschaftliche Gruppe, gewissermaßen in intermediärer Position, alle diejenigen, die mit Militär zu tun haben, also die mittleren und niedrigen Offiziersgrade und die vielen Soldaten und die Familien, die dazu gehören. Alles in allem sind dies nahezu zehn Prozent der Bevölkerung, erneut aber eine Gruppe ohne politische Rechte, d.h. ohne Repräsentation im Reichstag.

Das entscheidende Substratum der schwedischen Bevölkerung waren aber auch noch im Zeitraum von 1700 bis 1850 die Bauern, ungefähr 85 Prozent der Gesamtpopulation des Landes. Diese sind in Schweden immer im *Riksdag* vertreten gewesen, so dass wir im Reichstag gleichsam ein vierkammerales System haben. Die vier Gruppen Adel, Klerus, Bürger, Bauern sitzen im Reichstag nicht unbedingt getrennt, aber sie beraten getrennt, und stimmen bei entscheidenden Fragen in der Gruppe kollektiv ab und seit 1790 liegt die gesamte Gesetzgebungskompetenz beim Reichstag. Für die Verabschiedung von Gesetzen braucht es die Zustimmung von drei der vier Gruppen/Kammern des Reichstags. Das aber heißt, dass die Macht der Bauern immer dann besonders groß ist oder sogar entscheidend ist, wenn eine Interessendivergenz unter den privilegierten Gruppen gegeben ist. Soviel zu der in vielem typischen, vormodernen schwedischen Situation bis 1850, eine Situation, in der von Demokratie noch nicht die Rede sein kann, aber dennoch über viele Jahrhunderte Formen politischer Partizipation relevanter Teile der Bevölkerung existiert haben.

09

Es ist interessant, sich die Stimmverhältnisse im Reichstag auf der Basis der absoluten Zahlen der im Reichstag prinzipiell vorhandenen Vertreter der vier Statusgruppen anzusehen.

Adel	1000
Klerus	50
Bürger/Städte	80/90 (bei 101 Städten, die es in Schweden gibt)
Bauern	150

Das quantitative Übergewicht des Adels ist einerseits überwältigend, aber die realen Anwesenheitszahlen dürften beim Adel um vieles niedriger gewesen sein. So wirksam die Asymmetrien in den Zahlen der Vertreter in einzelnen Fällen gewesen sein werden, so sehr gilt doch andererseits auch, dass dies durch das Faktum einer Abstimmung ausbalanciert wird, die in den wichtigsten Entscheidungsvorgängen das Stimmgewicht nur in der Form eines Kollektivs zur Geltung bringt.

Aus dieser schwedischen Ausgangskonstellation hat sich in den Jahrzehnten nach 1850 eine Demokratie entwickelt, die in vielen Hinsichten in der Welt heute als vorbildlich gilt. Diese Entwicklung ist nicht mehr der unmittelbare Gegenstand dieses Textes, aber es sei eine bemerkenswerte Implikation in der Geschichte des 20. Jahrhunderts registriert. Die besonders glücklich verlaufene Entwicklung der Demokratie in Schweden hat möglicherweise viel mit der bäuerlichen Sozialordnung, die dahinter steht, zu tun. Schweden wird in der Folge im 20. Jahrhundert jenes Land, das mit hoher Stabilität über Jahrzehnte hinweg von der Sozialdemokratie regiert werden wird. Im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Ländern konnten die Sozialdemokraten aber darauf rechnen, dass eine Bauernpartei als ein kooperativer Koalitionspartner zur Verfügung steht. Die Bauernparteien verorteten sich in Schweden nicht systematisch auf der konservativen Seite des politischen Spektrums. Für sie war der gesellschaftliche Egalitarismus, der in Schweden vielleicht der Kern des sozialpolitischen Programms ist, ein relativ unproblematisches politisch-gesellschaftliches Programm, das gewissermaßen auf die egalitären Basisstrukturen einer Bonde-Gesellschaft zurückgreift [4].

[4] Siehe auch vergleichend zu Norwegen und Schweden im 20. Jahrhundert Sejersted 2011.

2. DIE ENTSTEHUNG VON DEMOKRATIE IN DER AMERIKANISCHEN REVOLUTION (1776-1787) – JOHN ADAMS UND JOHN TAYLOR 1787

Die folgenden Überlegungen behandeln die Transformation, die sich schließlich im 18. und 19. Jahrhundert in einigen Ländern und Regionen ereignet: Die Entstehung von Demokratie, die Durchsetzung von Demokratie aus den politisch-sozialen Ordnungen heraus, die das spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Europa bestimmt hatten. Wie ist das möglich? Was sind die entscheidenden Transformationen? Unser Argumentationsgang verlässt zunächst Europa und konzentriert sich auf jenes Land, das in entscheidenden Hinsichten das interessanteste Land für diese Fragen ist. Wie eigentlich und mit welchen historisch neuen Unterscheidungen und Bestimmungen setzt sich Demokratie historisch erstmals in der Welt durch? Der Kandidat sind offensichtlich die 13 nordamerikanischen Kolonien Englands, aus deren Rebellion die Vereinigten Staaten entstehen. Es existieren zwei hauptsächliche Gründe für die Wahl dieses Kandidaten für unser Argument. Der eine Grund ist die zeitliche Priorität, die Vereinigten Staaten als der historisch gesehen erste Staat, der Demokratie als politische Form auf einem größeren Territorium realisiert [5]. Der zweite Grund hat damit zu tun, dass wir im amerikanischen Fall auf die bemerkenswerte Konstellation treffen, dass ein gesellschaftsgeschichtlicher Umbruch von einer nicht antizipierten Größenordnung in bis dahin unbekannter Weise durch Wissen, Wissenschaft, Gelehrsamkeit, insbesondere auch durch Sozialtheorie, inspiriert und dann getragen worden ist. Vermutlich nie zuvor ist ein solcher Umbruch in diesem Maße durch Reflexion und durch eine Vielzahl politischer Talente vorangetrieben worden, die sich überwiegend durch politische Theorie und Sozialtheorie, Rechts- und Verfassungsdenken haben inspirieren lassen. Dieser denkwürdige Konnex von europäischer Sozialtheorie, ihrer breiten Aneignung durch eine Bildungsschicht, die nicht selten Bildung auf autodidaktischer Grundlage besaß, politischer Revolution und der Entstehung von Demokratie kann hier nicht ausführlich analysiert werden. Deshalb beschränke ich mich im Moment auf ein exemplarisches Zitat eines der vielen politisch-publizistischen Talente, die diesen Prozess getragen haben.

Der Autor ist Josiah Quincy, ein junger Jurist aus Boston, der 1763 (mit 19) sein Studium in Harvard abgeschlossen hatte, danach als Anwalt und publizistisch in seiner Heimatstadt tätig war und 1774 die »Observations on the Act of Parliament« veröffentlichte. Quincy notiert die Chancen, die er sich von einer breiteren Kenntnisnahme der Wissenschaft der Gesellschaft verspricht: If »the science of man and society, being the most extended in its nature, and the most important in its consequences, of any in

[5] Wood 1998.

the circle of erudition, were made the object of universal attention and study ... then the rights and happiness of man would no longer be buried under systems of civil and priestly hierarchy« [6]. Dieses bemerkenswerte Bewusstsein, dass die Wissenschaft von den Sozialordnungen der Menschen, die Wissenschaft von den politischen Ordnungen, die in menschlichen Gesellschaften errichtet werden, dass dies die wichtigste aller Wissenschaften sei, das ist eine Meinung, die man historisch relativ selten findet, hier aber im amerikanischen Fall, in einem Land, das in gewisser Hinsicht gar keine Wissenschaft hatte, vor allem keine Naturwissenschaft, keine Akademien, nur ganz wenige Colleges, die aber viel eher kirchlich ausgeflaggt waren, als dass sie wirklich wissenschaftlich bestimmt gewesen wären. Es ist deshalb dieses Wissen um die Wichtigkeit des Sozialdenkens – und es handelt sich bei den diesen Akteuren bekannten, ihren Stellungnahmen zugrundeliegenden, Texten ausschließlich um importierte, europäische Bücher – ein äußerst bemerkenswertes, kaum zu erwartendes Charakteristikum der amerikanischen Revolution.

12

Worin genau besteht nun der Umbruch, der auf Demokratie hinführt? Das sei hier in der Analyse einer denkgeschichtlichen Verzweigung aufgezeigt, in der Konfrontation zweier Autoren, deren zweiter auf den ersten reagiert und in dieser Reaktion eine Differenz markiert, die man als entscheidend ansehen kann. Es handelt sich um John Adams und John Taylor und zwei Bücher, die beide 1787/8 geschrieben worden sind, also zum Zeitpunkt der Entstehung der Verfassung der Vereinigten Staaten. John Adams' Titel ist »A Defence of the Constitutions of Government of the United States of America« [7]. Wie der Plural verrät, geht es hier noch nicht um die Verfassung des amerikanischen Bundesstaats, vielmehr um die Verfassungen der einzelnen Teilstaaten der späteren Föderation. John Adams ist bekanntlich eine zentrale Gestalt der amerikanischen Revolution, Mitautor der Unabhängigkeitserklärung, Autor der Verfassung vom Massachusetts, wiederholt diplomatischer Vertreter der 13 Kolonien in Europa, Vizepräsident unter George Washington (1789-1797) und schließlich der zweite Präsident der Vereinigten Staaten von 1797-1801. Der Kontrahent von Adams heißt John Taylor. Er ist weit weniger bekannt, stammt aus South Carolina, zählt zur Entourage von Thomas Jefferson, dessen Positionen er auch intellektuell nahestand. Jefferson wurde dann 1801 als Nachfolger von Adams der dritte Präsident der Vereinigten Staaten. Taylors Buch trägt den Titel »An Inquiry into the Principles and Policy of the Government of the United States«. Er hat es in den Jahren 1787/8 geschrieben, es blieb lange unpubliziert und ist erst 1814 veröffentlicht worden, so dass es zeitgenössisch keinen Einfluss haben konnte, aber deshalb nicht weniger interessant ist, weil es Denkmöglichkeiten sichtbar macht, die um 1787 vorhanden waren [8].

John Adams vertritt in seinem Buch im Prinzip noch eine klassische europäische Position. Er präsentiert die alte europäische Theorie der gemischten Verfassung: Es gibt jene Institutionen, in denen dem Volk in der Gesamtheit aller seiner Mitglieder die Möglichkeit der Mitbestimmung verbürgt und geschaffen wird, das sind im amerikanischen Fall vor allem jene parlamentarischen Institutionen, die in den einzelnen Staaten den Namen Repräsentantenhaus (»house of representatives«) tragen; es gibt zweitens den Senat, der auch in den Verfassungen der Einzelstaaten vorgesehen ist. Dieser wird noch als ein genuin aristokratisches Gremium gedacht, in dem die bestimmenden gesellschaftlichen Eliten, die hervorragenden Figuren, die sich durch großes Eigentum, Rang und Ansehen auszeichnen, ihren Einfluss geltend machen. Der Senat ist nicht im europäischen Sinn ein aristokratisches Gremium, da die Vereinigten Staaten einen Adel im formalen Sinn nicht kennen, aber im Titel des »Gentleman« eine große gesellschaftliche Eliteschicht hervorbringen, die der Funktion nach eine ähnliche Rolle spielt

[6] Quincy 1774.

[7] Adams 1787.

[8] Taylor 1814.

wie der europäische Adel. Der Senat jedenfalls wird von Adams als das aristokratische Element der amerikanischen Verfassung verstanden. Und diesen beiden repräsentativen Gremien tritt als ein balancierendes Element die Amtsinhaberschaft gegenüber, die gewissermaßen das Eigeninteresse des Politischen verkörpert und die zwischen den Instanzen der Repräsentation vermittelt und ausgleicht. Der Sache nach haben wir in dieser Analyse mit einer durchaus klassischen Balancetheorie einer gemischten Verfassung zu tun, in der das vom Volk ausgehende genuin demokratische Moment nur eines von drei Elementen ist.

Es ist genau dieser letzte Punkt der Einordnung des Demokratischen in eine dreistellige Balance, in dem John Taylor entschieden widerspricht. Man kann die hier entstehende Differenz mittels zentraler Passagen seines Buches gut herausarbeiten. Da ist zunächst eine Überlegung, in der er die amerikanischen Verfassungen mit Blick auf Gleichheit charakterisiert:

»The constitutions build their policy upon the basis of human equality – »all men are born free and equal; and erect the artificial inequalities of civil government, with a view of preserving and defending the natural equality of individuals. Mr. Adams builds his policy upon the basis of human inequality by nature – »aristocracy is natural; and proposes to produce an artificial level of equality, not of individuals, but of orders, composed of individuals naturally unequal. Yet the disciples of the balance, accuse the republicans of levelism.« [9]

13

Bemerkenswert ist die Prämisse der Gleichheit, »alle Menschen sind frei und gleich geboren«, gesellschaftliche Institutionen, in diesem Fall, die der bürgerlichen Regierung, substituieren für diese natürlichen Gleichheiten, artifizielle Ungleichheiten, aber mit einer Zielsetzung dieser Institutionen, dass es in ihnen um die Erhaltung der natürlichen Gleichheit gehen soll. Die Differenz zu Adams wird denkbar klar markiert. Dieser nehme – diametral entgegengesetzt zu Taylor – eine von Natur aus gegebene Ungleichheit der Menschen an, die durch ein institutionell produziertes Gleichgewicht der Stände ausbalanciert werde, das an der Ungleichheit der Menschen aber nichts ändere.

Eine zweite Passage, nur wenige Zeilen weiter unten auf derselben Seite von Taylors Buch, verknüpft das Postulat der natürlichen Gleichheit aller Menschen als Startbedingung aller politischen Prozesse mit einer zweiten wichtigen Annahme:

»The constitutions consider a nation as made of individuals; Mr. Adams's system, as made of orders. Nature by the constitutions, is considered as the creator of men; by the system, of orders. The first idea suggests the sovereignty of the people, and the second refutes it; because, if nature creates the ranks of the one, the few and the many, the nation must be compounded of these ranks; and one rank, politically, is the third part of a nation. These ranks composing the nation, have of course a power to alter the form of government at any time, without consulting the people, because the people do not constitute the nation. An illustration of this idea has several times occurred in the English practice of Mr. Adams's system.« [10]

Welches sind die elementaren, konstitutiven Bestandteile einer politischen Nation? Im Fall von Adams nähmen die Stände diese Position ein. Taylor sieht sich im Einklang mit den Verfassungen der amerikanischen Staaten, wenn er behauptet, diese gingen von Individuen als elementaren Bestandteilen aus. Und es ist offensichtlich diese Kombination von natürlicher Gleichheit aller Menschen und Individualität als Startprin-

[9] Taylor 1814, 101.

[10] Ebd.

zip des Aufbaus politischer Institutionen, die den radikaldemokratischen Charakter der Überlegungen von Taylor erzeugt. Wir haben hier zugleich mit einer starken Theorie der Entstehung des (demokratischen) Staates zu tun, die als Theorie auf einer Inklusionshypothese (Kopplung von primordialer Gleichheit und Individualität) ruht.

Es ist sinnvoll, dieses Argument im letzten Schritt durch eine weitere Überlegung Taylors zu ergänzen, die aus einem ganz anderen Blickwinkel (dem Blick auf die politische Ordnung und Einordnung des Militärs) noch einmal dieselben grundlegenden Überlegungen verständlich macht. Die entsprechende Passage bei Taylor findet sich 75 Seiten weiter im Text:

»An army constitutes a mass of power, which has frequently proved too hard for the whole residuary power of a government. Military power, is at least as able to enslave a nation as civil power. To civil power our policy has copiously applied the principle of division; to military, two precepts. Civil power is distributed into a multitude of hands; military is condensed and accumulated in one. The patronage of civil offices is divided among the people, the general and state governments, and many sections of these governments; the entire patronage of military offices is bestowed on the president. To civil power we have applied the principle of division, to military that of accumulation.« [11]

14

Taylor vergleicht hier das Heer und die politische Ordnung. Diese sind Schlüsselemente einer jeden politischen Ordnung. Wie verhalten sich die institutionellen Einbindungen des Militärs zu den übrigen institutionellen Strukturen eines jeden politischen Systems? Für Taylor gilt zunächst, dass die zivile Macht sich dem Prinzip der Unterteilung unterwirft, die zivile Macht wird dadurch ausbalanciert, dass sie auf eine Vielzahl von Händen verteilt wird, dass sie gewissermaßen divisionalisiert wird, intern differenziert wird und deshalb überall ist, nicht an einem bestimmten Punkt konzentriert wird und dann an diesem Punkt der Konzentration auch missbraucht werden könnte. Militär muss demgegenüber anders funktionieren. Militär muss alle Macht an einer Spitze fokussieren; deshalb betont Taylor auch, dass die gesamte Macht der Berufung in wichtige militärische Ämter an einer einzigen Stelle, in diesem Fall beim Präsidenten der entstehenden Vereinigten Staaten, konzentriert werden muss. Das ist ein Punkt, an dem unmittelbar auch und in einer allgemeinen Perspektive das Risiko des Militärischen sichtbar wird. Das Militär als etwas, das Macht prinzipiell konzentriert, während die Regierung als demokratisch gedacht wird, durch die Individualität der Mitglieder bestimmt und im inneren politischen Prozess als verteilt auf eine Vielzahl von Institutionen und auf eine Vielzahl von Personen, die in diesen Institutionen beteiligt sind. Der Präsident steht hier zwischen den beiden institutionellen Komplexen. Nicht als ein eigener Stand, nicht als quasi-monarchischer Repräsentant derjenigen, die immer schon für die Politik bestimmt sind, sondern als die wichtigste Form der Konzentration, die auf der Basis der im übrigen divisionalisierten zivilen Macht entsteht. Nur dieses Amt eignet sich deshalb für die Kontrolle des Militärs.

[11] Taylor 1814, 176.

Der Reiz dieser Diskussion zweier wichtiger Autoren besteht darin, dass in dieser Diskussion in ungewöhnlicher Schärfe die Konturen des Übergangs sichtbar werden, eines Übergangs von einer ständischen Ordnung, in der es ein demokratisches Moment bereits gibt, aber dieses demokratische Moment nur eines von mehreren Strukturprinzipien ist, neben dem es dann auch ein aristokratisches (den Senat) und ein monarchisches Moment (den Gouverneur) gibt, hin zu einer Ordnung, von der man sagen kann, dass es in ihr keine Teilinstitution mehr gibt – nicht die Justiz, nicht die Ämter der vielen Verwaltungen, – es gibt keine Institution im Politischen mehr, die nicht als letztlich vom Volk abhängig gedacht wird, und das Volk wird zerlegt in die Vielzahl derjenigen, aus denen es besteht, in die Vielzahl derjenigen, die alle gleich sind und die alle Individuen sind und die sich in den Ansprüchen politischer Partizipation, die sie anzumelden imstande und berechtigt sind, nicht unterscheiden.

3. FUNKTIONALE AUSDIFFERENZIERUNG DES POLITISCHEN SYSTEMS – DEMOKRATIE ALS DIE INKLUSIONSORDNUNG DER MODERNE

16

Die folgenden Überlegungen wechseln den Modus der Argumentation. Wir haben erste Grundlagen der These, um die es in diesem Text vor allem geht, in zwei kurzen historischen Fallstudien vorgestellt. Der Duktus wechselt im Weiteren von einer historischen zu einer systematischen Analyse. Es werden im Folgenden zentrale analytische Gesichtspunkte herausgearbeitet werden, die die funktionale Ausdifferenzierung des Politischen in der Moderne charakterisieren und die sichtbar machen werden, dass die *Emergenz von Demokratie die Emergenz einer bestimmten Inklusionsordnung der modernen Politik ist, einer Inklusionsordnung, die zugleich ein Spektrum von Alternativen politischer Regimes hervorbringt, die sich alle als variierende Interpretationen dieser Ordnung der Inklusion erweisen werden. Auch die nichtdemokratischen, autoritären Regimes müssen dieser Inklusionsordnung Reverenz erweisen, so dass diese sich gewissermaßen als die fundamentalste politische Innovation der Moderne erweist.*

1. Keine Spiegelung der Sozialkollektive der Gesellschaft in das politische System

Der erste Gesichtspunkt ist einer, der in den bisherigen Überlegungen bereits mehrfach benannt worden ist. In der politischen Ordnung der Moderne, die eine potentiell demokratische Ordnung ist, existiert keine Spiegelung der Sozialkollektive außerhalb des Politischen in das politische System mehr. Es sind keine Mitbestimmungsrechte mehr vorhanden, die sich auf den Sachverhalt stützen könnten, dass man Mitglied eines bestimmten Standes ist und als Mitglied dieses Standes Anspruch auf eine Repräsentation im Politischen anmelden könnte. Es entstehen allenfalls neue Sozialkollektive wie »das Volk« oder »die Nation«, aber bei diesen handelt es sich um Sozialkollektive, die zumindest, soweit sie demokratisch ausgelegt werden, innerhalb des politischen Raums konstituiert werden und nicht vorgängige Sozialordnungen in das politische System rezipieren.

2. Rekonstitution des Politischen als Funktionssystem mit sachlicher Zuständigkeit: Kollektiv bindendes Entscheiden (Macht als Kommunikationsmedium). Sachspezifischer Universalismus, Expansion/Retraktion des Politischen

Das Politische, das nicht mehr die Reproduktion einer Sozialordnung ist, die schon vor ihm existiert hat, als eine Ordnung der Sozialkollektive, die zusätzlich politisch repräsentiert werden müssen; das Politische wird als ein Funktionssystem rekonstituiert,

das sich nicht mehr von den Sozialordnungen her versteht, die in es eingehen. Vielmehr bestimmt es sich als ein gesellschaftsweites Funktionssystem mit einer nur ihm eigenen sachlichen Zuständigkeit auf eine neue Weise. Diese nur dem Politischen eigene sachliche Zuständigkeit kann man in der systemtheoretischen Tradition mit dem Begriff des *kollektiv bindenden Entscheidens* beschreiben [12].

Das ist etwas, was nur die Politik tut, alle Kommunikationsprozesse, die im System ablaufen, am Ende auf Entscheidungen hinzuführen, Entscheidungen, an denen vor allem die kollektive Bindungswirkung das spezifisch Politische ausmacht. Man kann lange über die Entscheidungsfragen diskutieren und verschiedener Meinung sein und an der Verschiedenheit der Meinungen immer noch festhalten, auch nachdem die Entscheidung bereits getroffen worden ist. Aber das ändert nichts daran, dass die einmal getroffene Entscheidung auch für diejenigen bindend ist, die nicht überzeugt worden sind und ihr nicht zugestimmt haben. Sie können sie zu einem späteren Zeitpunkt zu verändern versuchen, aber solange diese Änderungsversuche nicht erfolgreich waren, gilt die kollektive Bindungswirkung auch für sie.

Es kommt Macht hinzu, als das Kommunikationsmedium des politischen Systems, das man benötigt, wenn man Wünsche, Normen, Zielvorstellungen in einem politischen Prozess auf Entscheidungen hinführen will [13]. Kumulation von Macht, Drohung mit Machteinsatz, Übertragung der kleinen Machtchancen der Einzelnen auf diejenigen, denen man als Repräsentanten einen Machteinsatz zutraut etc., sind einige der vielen Kommunikationsformen, in denen sich der Gebrauch von Macht als ein symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium vollzieht. Dieses Medium spielt seine Rolle sowohl in der Vorbereitung von Entscheidungen wie bei der Durchsetzung und Implementation der einmal getroffenen Entscheidungen. Es ist besser, Macht wird unterstellt, als dass sie tatsächlich eingesetzt wird, aber als Unterstellung oder als aufkommender Zweifel an dieser Unterstellung spielt sie eine riesige Rolle in einem jeden politischen System [14].

Das Attraktive an der vorgeschlagenen Funktionsbeschreibung des Politischen, »kollektiv bindendes Entscheiden«, scheint mir, dass diese völlig unbestimmt lässt, aus welchen Anlässen über welche Sachverhalte Entscheidungen herbeigeführt werden. Es kommen relativ beliebige Themen und Sachverhalte in Frage, die Eigenheit des Politischen entscheidet sich nicht von den Sachverhalten her, sondern nur von der Frage, ob die Behandlung einer sachlichen Problemlage in bestimmten institutionellen Kontexten, die wir in der Folge politische Institutionen nennen, in diese charakteristische Form des kollektiv bindenden Entscheidens überführt wird. Die Beliebigkeit der Themen, die als Themen in Betracht gezogen werden, ist kein Nachteil der Theorie, sondern ein Vorteil für jedes Interesse an vergleichenden und historischen Untersuchungen, da auf diese Weise die reale Varianz politischer Systeme der Welt in historischer und gegenwärtiger Perspektive eingefangen werden kann. Niklas Luhmann hat mit Bezug auf systemische Eigentümlichkeiten dieses Typs gern von einem sachspezifischen Universalismus gesprochen [15]. Dieser Begriff trifft die Lage, die wir hier beschreiben, recht gut. Einerseits gibt es eine sachlich scharf ausgegrenzte Problemhinsicht, die die Stellung des Politischen im funktional differenzierten Gesellschaftssystem der Moderne beschreibt; andererseits ist gerade auf dieser Basis hoher sachlicher Spezifikation der Punkt des Universalismus einleuchtend. Die Politik kann sich für nahezu alle gesellschaftlichen Sachverhalte interessieren und auf die Idee kommen, im Blick auf diese Sachverhalte Entscheidungen zu treffen, für die sie eine kollektive Bindungswirkung reklamiert. So ist z.B der europaweit vorangetriebene Bolognaprozess

[12] Parsons 1969b.

[13] Emerson 1962; Luhmann 1975; Parsons 1969b.

[14] Siehe als faszinierende Fallstudie einer politischen Ordnung, die innerhalb von Stunden zusammenbricht, weil der Glaube an die Einsatzfähigkeit und die Bereitschaft zum Einsatz der bis dahin unterstellten Macht sich auflöst (Ukraine) Higgins/Kramer 2015.

[15] Siehe am Beispiel des Wissenschaftssystems Mersch 2014; Stichweh 2003.

in den Universitäten ein gutes Beispiele einer institutionellen Wirklichkeit, die lange kein Regelungsgegenstand politischer Absichten gewesen war, aber seit einigen Jahren massiv durch politische Eingriffe betroffen wird. Wir können bei Fällen dieses Typs auch von einer Expansion oder Retraktion des Politischen sprechen, die manchmal die Themen ausweitet, die in den Einzugsbereichen des Politischen gezogen werden, nicht selten aber auch in die Gegenrichtung geht und ehemals als politisch verstandene Sachverhalte entpolitisiert.

3. Rekonstitution der Sozialabhängigkeit als Universalisierung der Inklusion: Gleichheit auf der Basis von Individualität als einzigem denkbaren Umstand

Die Sozialabhängigkeit des Politischen, die, soweit es um eine Fortdauer der Abhängigkeit von Sozialstrukturen der gesellschaftlichen Umwelt geht, zunächst einmal negiert wird und zwar in der Form negiert wird, dass ein sachspezifischer Universalismus bindenden Entscheidens an die Stelle der ständischen Einbettung vormoderner politischer Systeme tritt, diese Sozialabhängigkeit oder Berücksichtigung des Sozialdimension des kommunizierten Sinns muss in irgendeiner Form von der Politik rekonstruiert werden. Sonst wäre die Politik sozial irrelevant. Sie braucht ein Bild, eine Form des (Wieder-)Einschlusses ihrer sozialen Umwelt.

18

Die Form, in der das geschieht, ist hier bereits genannt worden. Ähnlich wie wir in sachlicher Hinsicht mit einem sachspezifischen Universalismus zu tun haben, gilt in der Sozialdimension in der Moderne eine Universalisierung von Inklusion. Dies ist auch genau das Argument, das wir gerade mit Bezug auf John Taylor rekonstruiert haben. Alle einzelnen sind jetzt potentielle Teilnehmer an politischen Prozessen; allen fällt dieser Status der potentiellen Teilnahme auf der Basis ihrer Individualität zu. Auf der Basis einer Charakterisierung dieses Typs kann man nicht bestreiten, dass alle Individuen im Verhältnis zueinander durch Gleichheit zu beschreiben sind. Niemand ist im politischen Prozess vom Start an privilegiert hinsichtlich der Art und Weise, in der er oder sie an den Prozessen des politischen Systems mitzuwirken berechtigt ist. Solche Unterschiede stellen sich ein, aber sie sind das Resultat politischer Prozesse, nicht eine Prämisse.

4. Neutralisierung der Ausstattungen, die die Einzelnen mitbringen: Bürgerliche Tugend (Virtus, Civic Virtue, Politesse, Polite Society, Bildung, Meriten) vs. Öffentlichkeit (Inversion des Begriffs des Öffentlichen)

Diese Abwesenheit von Privilegierungen im Augenblick des Zutritts zur politischen Sphäre führt weiterhin dazu, dass alle Ausstattungen, die die Einzelnen mitbringen, politisch neutralisiert werden müssen. An die Stelle der Privilegierung von Ausstattungen tritt die Privilegierung von Individualität als jene Ausstattung, die alle in den Bereich des Politischen mitbringen. Damit aber wird zugleich die reiche Tradition der europäischen frühen Neuzeit zurückgelassen [16]. Die Präferenz für Tugend (*virtus*, mit einem militärischen Index) oder für bürgerliche Tugend (*civic virtue*, mit einer implizierten Aktivitätsbereitschaft), die höfische Tugend als an Höfen erlernte Gesittetheit und Wohlgeformtheit des Verhaltens (*politesse*), die bürgerlich-höfische Zivilisiertheit des Verhaltens (*polite society*), schließlich *Bildung* als die um 1800 aktuell werdende deutsche Alternative einer Zutrittsbedingung zum Politischen, zuletzt die *Meriten* (in der Politik selbst oder anderswo erworben) – alle diese Bedingungen verlieren an Relevanz. Stattdessen genügt Individualität – und dieser tritt als institutionelle Sphäre die Öffentlichkeit gegenüber, als jene Sphäre, in die man mit seiner Individualität eintritt und

[16] Pocock 1975.

in dieser nicht mehr benötigt als seine Individualität, um auf dieser Basis an Diskursen und an Prozessen der Deliberation teilzunehmen imstande zu sein.

Bemerkenswert ist an dem Strukturwandel der Öffentlichkeit, der hier zugrunde liegt, dass auch der Begriff der Öffentlichkeit die Umstellungen nachbildet, die wir hier im Übrigen bereits diskutiert haben. Auch die Zugehörigkeit zur Öffentlichkeit war zunächst ein Privileg, eine personale Eigenschaft öffentlicher Personen (Monarchen, aristokratische Personen), die ihrer ganzen Lebensführung nach der Öffentlichkeit zugehörten, also gewissermaßen mit ihrer uneingeschränkten Personalität auf politische Sonderrollen festgelegt waren. Alle anderen waren im Vergleich dazu keine öffentlichen Personen, sondern konnten Privatheit reklamieren, sich demzufolge aus dem Politischen heraushalten. Der moderne Begriff des Öffentlichen, den wir seit ca. 1750 registrieren [17], kehrt die Prämissen exakt um. ›Öffentlich‹ ist nicht mehr eine Bestimmung, die einzelne mitbringen und die ihnen als soziale Bestimmung eine spezifisch politische Position sichert. Vielmehr ist es eine allenzugängliche institutionelle Sphäre, in die man einmal mehr nur mit seiner Individualität und mit der durch diese verbürgten Gleichheit eintritt.

5. Gleichverteilung der Chancen des Beitrags: Öffentlichkeit vs. Opinion Publique/ Public Opinion als verteiltes System ohne Qualifizierung der Beiträge

19

In dieser institutionellen Sphäre, die jetzt Öffentlichkeit heißt, kann eine andere Frage an Bedeutung gewinnen. Diese betrifft die Verteilung, idealiter die Gleichverteilung der Chancen des Beitrags zu öffentlichen Meinungsäußerungen. Aus der Perspektive der bürgerlichen Idee der Öffentlichkeit, wie sie Jürgen Habermas bis heute emphatisch favorisiert, ist eine Gleichverteilung der Chancen des Beitrags eigentlich erforderlich, aber diese ist empirisch gesehen eine äußerst unwahrscheinliche Bedingung. Die Unterschiede der Bildung, des Wissens, der Information, des Engagements, der verfügbaren Zeit sind viel zu groß, um eine so unwahrscheinliche Annahme realistisch werden zu lassen. Interessant sind im Blick auf diese Problemlage neuere Nachfolgekonzeppte des Öffentlichen wie öffentliche Meinung/Public Opinion/Opinion publique. Sie unterstellen keine Aktivität, keinen vorhandenen Willen des Beitritts zu einer institutionellen Sphäre, sie fragen keine Qualifikationen ab. Stattdessen ruhen sie auf der Unterstellung, dass es bei inklusionsfähigen Personen immer schon Meinungen gibt, dass diese Meinungen erfragt oder erschlossen oder durch geschickte Nachfrage stimuliert werden können und dass die Zählung und Akkumulation dieser gar nicht aktiv ausgesprochenen Meinungen für die Politik eine valide Information hinsichtlich des Erfolgs bisheriger Aktivitäten und der Nachfrage für künftige Aktivitäten bietet. Auch die systemischen Charakteristika sind in dieser Vorstellungswelt ganz andere. ›Public Opinion‹ ist ein verteiltes System bestehend aus einer Population von Meinungen, deren Erfolg man mit Annahmen einer neodarwinistischen Evolutionstheorie vermutlich recht gut nachzeichnen kann, deren Dynamik aber wenig mit Hypothesen über die auf der Basis von Vernunft gebildeten Meinungen zu tun hat.

6. Paradoxien der politischen Individualisierung: Massenmedien

Die Überlegungen zu Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung legen es nahe, den Begriff der Individualität noch einmal näher zu prüfen. Individualität ist zunächst eine Zuschreibung oder Zurechnung, die an jeden Einzelnen und jede Einzelne adressiert werden kann. Aber diese Zurechnung von Individualität kann sich für diejenigen, an die sie adressiert wird, als Problem erweisen. Sie wissen, dass sie den Anspruch er-

[17] Habermas 1962; Stichweh 1997.

heben können oder eigentlich müssen, ein Individuum zu sein, aber sie wissen nicht, worin diese Individualität besteht.

Das ist ein klassisches Problem der Individualität, das bekanntlich bereits de Tocqueville ausführlich erörtert hat. Die Antwort lautet: Wenn man Individualität in sich selbst nicht findet, muss man sie über Kopiervorgänge erwerben – und für diese Kopiervorgänge stehen in der Moderne immer zahlreichere Quellen und Kopiervorlagen zur Verfügung: Andere Individuen, Bücher, insbesondere Romane, der Film, die Zeitung, alle Arten von Massenmedien, die sozialen Medien und Communities des Internets, die alle das Paradox der Individualisierung bedienen, dass eine millionenfach erforderliche Individualität auch millionenfache Kopiervorlagen braucht, die als Kopiervorlagen zugleich die Idee, dass Individualität auf Unterscheidungen beruht, die auch Momente von Überraschung, von Unerwartetem beinhalten müssen, nicht einfach ad absurdum führen dürfen.

7. Zulässige und unzulässige Exklusionen

20

Wie die anderen Funktionssysteme der Moderne steht die Politik vor dem Problem, dass die andere Seite der Unterscheidung von Inklusion und Exklusion, die Exklusionsseite, progressiv an Legitimität verloren hat. Exklusion – so zumindest die Selbstauffassung der Systeme – ist nicht ein unvermeidbarer Sachverhalt, der die guten Gründe für Inklusion umso deutlicher ins Profil treten lässt, Exklusion ist vielmehr etwas, das im Prinzip nicht vorkommen darf – oder, wenn es denn vorkommt, in die Form einer Inklusion gebracht werden muss (inkludierende Exklusion – prototypisch bei Foucault analysiert). Dennoch kennt die Politik einige klassische Exklusionen, die in der Gegenwart fort dauern. Es gibt Altersgrenzen für politische Partizipation, die aber nur für junge, nicht für alte Staatsbürger vorhanden sind. Diese sind zunehmend umstritten, was etwas über die Dringlichkeit des Inklusionsimperativs verrät. Weiterhin sind Ausländer in der Regel von politischer Partizipation ausgeschlossen, selbst wenn sie dauerhaft auf dem Territorium des betreffenden Staates siedeln, und dies ungeachtet der zentralen Bedeutung von Territorialität für politische Systeme der Moderne (die sich im Fall von Indigenen und anderen auf dem Territorium siedelnden Minderheiten durchsetzt). In diesem Fall sind in den kommenden Jahrzehnten Ausweitungen der Rechte zu erwarten. Weitere Ausschlüsse von politischer Partizipation betreffen in der Regel strafrechtlich Verurteilte (dies ist der seltene Fall einer Exklusion, die die Form einer Sanktion hat und die eigentlich mit der Resozialisationsvorstellung der Strafjustiz nicht gut zusammen passt) und Personen mit ausgeprägten Geistesschwächen, denen man ein mündiges Urteil nicht zutraut und in deren Fällen dieser Status rechtlich dokumentiert ist. Mit dem Operieren der anderen Funktionssysteme (jenseits des Rechts) aber verbinden sich keine legitimen politischen Exklusionen, und dies scheint ein allgemeines Prinzip der Moderne zu sein. Wirtschaftliche Zahlungsunfähigkeit, die völlige Abwesenheit von Bildung (einschließlich Analphabetismus), Irreligiosität, schwerste Krankheiten und Behinderungen (außer geistigen) disqualifizieren in keiner Weise für politische Partizipation.

8. Die geheime und freie Wahl: Die Unbeobachtbarkeit des Individuums

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der sich in vielen europäischen Ländern eine langsame Ausweitung des Wahlrechts vollzieht, wird diese Ausübung des verliehenen Wahlrechts vielfach noch nicht als eine unabdingbar individuelle Entscheidung gedacht. Die Wahlentscheidung des Einzelnen ist beobachtbar. Deshalb ist sie gut

beeinflussbar und Beobachtung und Einfluss beziehen sich auf das Individuum als Teil eines kleineren oder größeren sozialen Kollektivs, in das die Entscheidung einbettet ist und in diesem kollektiven Charakter beeinflusst und kontrolliert werden kann. Am Ort, an dem die Wahl vollzogen wird, können traditionelle, gegenwärtig die Macht innehabende Personen Vielfältiges unternehmen, um eine quasi-öffentlich vollzogene Wahlentscheidung des Einzelnen zu steuern.

Eine Reihe von Reformmaßnahmen des späten 19. Jahrhunderts und des frühen 20. Jahrhunderts verändern diese soziale Praxis in dem Sinne, dass jetzt tatsächlich eine individuell vollzogene, für die Anderen geheime und von ihnen nicht zu beobachtende Wahlentscheidung des einzelnen Individuums ermöglicht wird [18]. Zu diesen Maßnahmen gehört die Einführung von Umschlägen, in die der ausgefüllte Wahlschein gelegt wird; die Aufstellung von Wahlkabinen, in denen die Nichtbeobachtung des Ankreuzens des Stimmzettels gesichert wird; die Erfindung von Wahlurnen, die so konstruiert sind, dass die hineingeworfenen Stimmzettel ungeordnet zu liegen kommen, so dass es nicht möglich ist, die Reihenfolge der Briefe in der Urne mit der Reihenfolge der Eintragungen in die Wählerliste abzugleichen. Damit wird das Wahlgeheimnis als Sicherung des autonomen Individuums hergestellt, ein Geheimnis, das sich komplementär zur Öffentlichkeit der politischen Artikulation desselben Individuums verhält.

21

9. Das Stimmengewicht der Inklusion. Wer zählt bei der Einteilung von Stimmbezirken?

Eine Schlüsselfrage für ein jedes politisches System, das auf Wahlen in Stimmbezirken ruht, ist die Einteilung in Stimmbezirke. Diese sollten gleich groß sein, damit dem Prinzip der politischen Gleichheit aller Stimmberechtigten Geltung verschafft wird. So wird beispielsweise der Senat des Staates Texas in 31 Stimmbezirken gewählt, in denen jeweils ca. 811.000 Einwohner leben. Da aber nicht alle Einwohner stimmberechtigt sind, verteilt sich das politische Einflusspotential in einem Fall (Texas' Congressional First District) z.B. auf 542.000 Wähler, während es in einem (stärker urbanen) Nachbardistrikt bei gleicher Einwohnerzahl nur 372.000 Wähler sind. Man kann dies so deuten, dass die Wähler des letzteren Distrikts 50 Prozent mehr politische Macht besitzen als die Wähler des ersten Distrikts. Die alternative Deutung würde sagen, dass die Wähler des letzteren Distrikts dieses Mehr an Macht besitzen, um die Interessen der vom Wahlakt exkludierten Nichtwähler ihres Distrikts mitvertreten zu können (virtuelle Repräsentation). Aber wie wird diese Mitvertretung gewährleistet? Was wären die Mechanismen, die man sich dazu vorstellen könnte?

10. Zulässige Ungleichheiten als innerhalb des politischen Systems erzeugte Ungleichheiten: Politische Erfahrung, Karrieren, Kumulativer Vorteil, Preferential Attachment – Populismus als Gegenbewegung (Neueintritt in das System – Direktappell an die Bevölkerung)

Unter den skizzierten Umständen scheint es nur eine einzige Ungleichheit zu geben, die innerhalb des Systems legitimiert werden kann. Wir sind hier wieder nahe an John Taylor und seiner These der »artificial inequalities of civil government«. Es ist unbestreitbar, dass das Operieren der Systeme innerhalb der Systeme Ungleichheiten erzeugt, die im Zeitablauf bedeutender werden: Die zugehörigen Mechanismen sind Erfahrungsbildung, Karriereaufbau und kumulativer Vorteil (immer bezogen auf die Karrieren der einzelnen Teilnehmer am politischen Geschehen). Man kann auch von Meriten sprechen und davon, dass Teilnehmer, die lange und erfolgreich aktiv sind, sich Verdienste erwerben, die auf legitime Weise mit Vertrauen und Ämtern belohnt werden.

[18] Mares 2015.

Zugleich sind in politischen Systemen populistische Strömungen zu beobachten, die den kumulativen Vorteil lang etablierter Teilnehmer in Frage stellen und für die diese Infragestellung der Berechtigungen und Vorteile der mit Erfahrungen und Meriten ausgestatteten Teilnehmer der Kern ihres Anspruchs auf politische Legitimität ist. Die politische Alternative, die sich gegen die Vorteile der Erfahrenen artikuliert, ist dann oft eine populistische Bewegung, die auf die Möglichkeit des jederzeitigen Eintritts in das System pocht, die keine Legitimität und keinen Vorteil der bereits erworbenen Erfahrung anerkennt und die sich im Übrigen auf den Direktappell an das Publikum der Politik konzentriert. Der Populist verbindet sich im Kurzschluss mit den vermuteten Meinungen der vielen Einzelnen und versteht sich als der direkte Repräsentant ihres zu einem kollektiven Willen zusammengefaßten Willens.

11. Abhängigkeit des Politischen von einer inneren Umwelt anderer politischer Systeme (horizontal und vertikal)

22

Wie für andere Funktionssysteme der modernen Gesellschaft [19] gilt auch für das Funktionssystem der Politik, dass es seine Eigenständigkeit und Autonomie weitgehend der Entstehung eines immer komplexer werdenden Binnenmilieus verdankt, dessen Folge es ist, dass man im System zunächst immer auf andere ergänzende und konkurrierende Relevanzen desselben Systems blickt und deshalb eine Tendenz erwirbt, vielfältige andere Relevanzen anderer Funktionssysteme auszublenden. Die immer eigensinniger werdende Kultur eines Funktionssystems würde sich noch nicht entwickeln, wenn dieses System ein noch so großes Makrosystem mit geringer interner Differenzierung wäre. Aber die Vervielfältigung interner Unterscheidungen, die die Folge interner Differenzierung in Subsysteme ist, lässt den Primat der Orientierung nach innen als zunehmend sinnvoll erscheinen.

In Termini von Inklusion hat die fortschreitende Innendifferenzierung des Systems – und das lässt sich am Beispiel des politischen Systems besonders gut studieren – vor allem den Effekt, dass Inklusion sich mehrfach wiederholt, in der vertikalen und der horizontalen Differenzierung eines politischen Systems. Man hat Teilnahmerechte in Europa, im Nationalstaat, in Hinsicht auf die Regierung der Region und in der Gemeinde/Stadt, in der man lebt – und die Pluralisierung wiederholtsich in der Horizontalen, in der Vielzahl der Möglichkeiten der Mitwirkung in den funktionsspezifischen Formen des Regierens: Schule, Kirche, Universität, sozialpolitische Engagements. Auch dies macht den politischen Kosmos reicher und interessanter, verfügbar als einen Handlungsraum, in dem ein und dieselbe Person sowohl Leistungs- wie Publikumsrollen übernehmen kann und die Erfahrungen aus den einen in die anderen einfließen lassen kann.

[19] Siehe prototypisch für Wissenschaft Stichweh 1984.

12. Politik als Weltsystem und die Strukturen seiner Innendifferenzierung

Dasselbe Argument wiederholt sich, wenn man vertikal eine weitere Systemebene hinzufügt und die Politik als Weltsystem betrachtet. Auf der Ebene des Weltsystems gibt es keinen Weltstaat und auch keine rechtlich institutionalisierte Weltbürgerschaft (wenn auch eine traditionsreiche Semantik der ›Weltbürgerschaft‹). Gerade wegen dieser Abwesenheit von Weltstaatlichkeit treten die funktionalen Mustern des Regierens in den Strukturen der ›Global Governance‹ besonders prominent hervor und definieren die Möglichkeiten der Inklusion, die diese Systemebene bietet; vor allem in den vielen Tausenden von funktional definierten und global tätigen Nichtregierungsorganisationen, die neben den Regierungsorganisationen die wichtigste Infrastruktur des Systems der ›Global Governance‹ bilden. Von Demokratie kann auf dieser Ebene nicht mehr die Rede sein, weil Expertentum, verfügbare finanzielle Ressourcen, einsetzbare Zeit und Prestige/Reputation eine Rolle spielen, die nicht mit der gegenüber diesen Unterschieden indifferenten Vollinklusion der (demokratischen) Nationalstaaten übereinstimmt. Global Governance ist offensichtlich ein Elitensystem und deswegen bringt es auch eine (welt-)systemeigene Schichtung hervor, wie sie innerhalb der Nationalstaaten delegitimiert worden ist.

4. ALTERNATIVEN ZU DEMOKRATIE: AUTORITARISMUS

Im System der Nationalstaaten der Weltgesellschaft gibt es fortdauernd Alternativen zu Demokratie. So sehr Demokratie einerseits die Regimeform zu sein scheint, die sich natürlich mit der Individualisierung und der individualisierten Inklusion der Moderne verbindet, ist andererseits leicht zu beobachten, dass zu Demokratie alternative Regimeformen fortexistieren und neu gebildet werden. Warum gibt es diese alternativen Regimes und welchen Gesichtspunkten tragen sie Rechnung? Wovon hängen sie in ihrer Existenz ab? Und warum genügt es nicht, sie einfach defekte Regimes zu nennen und sie von ihren Defekten her zu analysieren. In analytischer Hinsicht ist es vermutlich viel weittragender, wenn man die Leitunterscheidung Demokratie vs. Autoritarismus von einer Unterscheidung wie funktionierend/defekt trennt und die beiden Dimensionen als orthogonal behandelt.

24

Es liegt nahe, auf diese Fragen zunächst einmal mit einer abstrakten Überlegung zu reagieren. Demokratie scheint für die Berücksichtigung der sozialen Umwelt des Politischen die optimale Lösung zu sein. D.h. aber noch nicht automatisch, dass sie auch in der Sachdimension des Politischen, also hinsichtlich der Frage, über welche Sachprobleme politisch entschieden werden soll und welche der in jeder Problemhinsicht vorhandenen Alternativen gewählt werden soll, eine den alternativen Regimeformen überlegene politische Form ist. Man kann diese Überlegung für die Zeitdimension wiederholen, also die Frage aufwerfen, ob demokratisches Regieren schnell genug ist und zeitliche Sequenzen des Entscheidens am besten abarbeiten kann.

Wenn man diese Überlegung konsequent verfolgt, drängt sich ein weiteres Argument mit einer gewissen Zwangsläufigkeit auf. Sofern man die historische Entstehung und auch Durchsetzung von Demokratie in der skizzierten Weise mit der Analyse der Sinndimensionen verknüpft, liegen Abzweigungspunkte für alternative politische Regimes auf der Hand. Diese können sich erstens dort durchsetzen, wo die Revolution der Sozialdimension, auf welcher Demokratie ruht, die prinzipielle Individualisierung und Egalisierung aller Inklusionsadressen, nicht akzeptiert wird, stattdessen an damit inkompatiblen sozialen Hierarchien festgehalten wird oder diese neu eingeführt werden. Zweitens kann eine Situation, in der eine Alternative zu Demokratie überzeugender scheint, dort gegeben sein, wo keine Zeit für demokratische Entscheidungsprozesse zur Verfügung steht. Extreme Dringlichkeit des Entscheidens, hohe Knappheit der Zeit, wäre in diesem zweiten Fall also der relevante Umstand. Drittens ist eine Abzweigung plausibel, die ihre Motive darin hat, dass man in einer Demokratie eine mangelnde sachliche Qualität des Entscheidens, eine unzureichende (sachliche) Leistungsfähigkeit, eine unbefriedigende sachliche Responsivität des Systems zu identifizieren glaubt.

Es scheint attraktiv, diese Klassifikation von Abzweigungen als einen Startpunkt für das Studium autoritärer Systeme in der Gegenwart zu benutzen. Eine solche Klassifikation legt eine Zugangsweise nahe, die sich nicht von der verbreiteten Meinung leiten lässt, Autoritarismus sei immer das Überleben einer älteren historischen Form, die als eine historisch überholte Form voraussichtlich in absehbarer Zeit verschwinden wird.

Natürlich sind historische Bestimmungsgründe der beobachtbaren Differenzen zwischen Regimes in der Analyse zu berücksichtigen, aber es scheint uns viel produktiver und realistischer davon auszugehen, dass autoritäre Regimeformen in der Moderne auch als spezifisch moderne (autoritäre) Regimes neu definiert werden und man deshalb Erkenntnischancen verpasst, wenn man sie einer untergehenden Zeitschicht zuweist, statt ihre prinzipielle Modernität herauszuarbeiten.

Es bedarf auch einer Klärung, ob das Wort Autoritarismus sich eignet, um alle nicht-demokratischen Regimes zu beschreiben. Wenn man als ein gemeinsames Verständnis benutzt, dass es immer eine Autorität gibt, die für die prinzipielle Infragestellung im politischen Prozess nicht vorgesehen ist, könnte dies ein Verständnis sein, das einen solchen Oberbegriff rechtfertigt. Wir haben diese Autoritäten, deren Infragestellung nicht vorgesehen ist, entlang der Sinndimensionen geordnet. Diese Ordnung scheint lehrreich, weil sie uns verständlich macht, an welchen Problemen demokratische Politik scheitern kann und dann eventuell durch autoritäre Alternativen ersetzt wird. Aber wir müssen vielleicht das, was hier als eine ›Autorität‹ in Frage kommen kann, noch etwas genauer zu bezeichnen versuchen.

Der richtige soziologische Begriff ist an dieser Stelle der des ›Werts‹. *Demokratie ist offensichtlich, wie die anderen Funktionssysteme auch, eine eigenwertbasierte Sphäre, die alles auf den Zentralwert individueller, egalitärer Inklusion abstellt und keine vor- oder höherrangigen Werte anerkennt, vielmehr den demokratischen Prozess selbst als den zentralen Ort gesellschaftlicher Wertbildung denkt.* Immer dort, wo sich diese Prämisse als falsch oder mindestens als problematisch erweist und insofern ein möglicher Verzweigungspunkt zu einem Regime anderen Typs entsteht, scheint es zwei Alternativen zu geben. Entweder erkennt das jeweilige demokratische Regime die Eigenständigkeit des betreffenden Werts (z.B. Preisstabilität; Hochschulautonomie; Religionsfreiheit) an und arrangiert sich mit einer Institution oder richtet eine solche Institution sogar ausdrücklich ein, die diesen Wert (gewissermaßen demokratieforn) vertritt (z.B. Zentralbanken; Hochschulräte als gesellschaftliche und nicht der Politik zugehörige Instanzen der Steuerung von Hochschulen; Verfassungsgerichte, die unter anderem für Religionsfreiheit zuständig sind). In gewisser Hinsicht bedeuten politische Konzessionen dieser Art eine Kontraktion des jeweiligen politischen Systems. Die zweite Möglichkeit besteht darin, dass das betreffende Wertengagement sich über den politischen Prozess lagert und in diesem eine bestimmende Stellung durch die Modifikation von Institutionen, die zu den institutionellen Arrangements des politischen Systems selbst gehören, erlangt. Immer dann, wenn dies geschieht, haben wir es mit der Etablierung eines (partiellen) Autoritarismus in dem betreffenden politischen System zu tun. In einem Autoritarismus verkörpert sich in den meisten Fällen die überlegene Autorität von gesellschaftlichen Werten, die durch den politischen Prozess selbst nicht in Frage zu stellen sind.

Welche Spielarten des Autoritarismus lassen sich in der Gegenwart beobachten? Es gibt zunächst einmal den Autoritarismus der Lernfähigkeit und der Leistungsfähigkeit eines politischen Systems, der von vermuteten Ausstattungen und erwünschten Resultaten her denkt, die nicht durch demokratische Prozesse in Frage gestellt werden sollen. Der set von Werten kann hier radikal modern sein, aber es handelt sich um Werte, die mit demokratischen Prämissen kollidieren werden. Während in diesen Spielarten des Autoritarismus gewissermaßen eine Handlungsfähigkeit und ein aus ihr resultierender Erfolg betont wird, der bestimmte (Wissens-)Ausstattungen als ihre Voraussetzungen impliziert, kann man auch unmittelbarer auf die Präsenz der

Ausstattungen selbst abstellen. In diesem Fall haben wir deutlicher mit Wissenseleiten zu tun, also mit Expertokraten, Technokraten und Epistokraten, die Wissens- und Ausbildungsideale verkörpern und in dieser Verkörperung einen als legitim erachteten Anspruch auf privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungen anmelden dürfen. Alle diese Spielarten sind Spielarten eines Autoritarismus der Sachdimension. Zu diesen können Varianten hinzugefügt werden, die unmittelbar auf den Vorrang einer bestimmten Sache setzen, in der Regel sind dies dann die Sinnperspektiven eines anderen Funktionssystems, die als höherwertiger als das Politische selbst erachtet werden. Der wahrscheinlichste Fall scheint der Komplex Religion/Theologie, dessen Vorrang sich in theokratischen Regimes äußert. Ein anderer Fall eines funktionsspezifischen Autoritarismus wäre Neoliberalismus, wenn es ihn als den prinzipiellen Vorrang wirtschaftlicher gegenüber demokratisch-politischen Entscheidungsgesichtspunkten als einen realen Regimetyp geben sollte.

Eine zweite Klasse von Autoritarismen sind die der Sozialdimension. Sie treten immer dann auf, wenn die Höherwertigkeit eines bestimmten Kollektivs gegenüber anderen Mitgliedern und Kollektiven im Sozialraum nicht in Frage gestellt werden kann. An dieser Stelle kommen Familien, lineages, tribes, Ethnien und Nationalitäten als Sozialkollektive in Frage, für die ein solcher Vorrang durchgesetzt werden könnte und als Monarchie, Aristokratie institutionalisiert werden könnten. Die Werte, die ihren Vorrang erklären, können natürlich in die Sachdimension hinüberreichen.

Eine dritte Klasse von Autoritarismen entsteht innerhalb des politischen Bereichs selbst, als Negation der Gleichheit der Chancen, Rechte und Ausstattungen der Ausübung politischer Macht. In dieser dritten Variante wird der Autoritarismus aus einer Interpretation des Politischen abgeleitet, die die Gleichverteilung der Inklusionschancen als inkompatibel mit der Natur des Politischen denkt. Diese Form des Politischen kommt als charismatische Herrschaft vor, als gleichsam natürliche Ausstattung eines historischen Individuums, das diesem ein Herrschaftsrecht über alle anderen Individuen zuspricht. Sie kommt zweitens als Populismus vor, die einen bestimmten Herrscher als selbstverständlichen und unmittelbaren Repräsentanten des Willens des Volkes denkt. Sie existiert drittens als Prävalenz des Militärischen, die den symbiotischen Mechanismus der Macht (die Fähigkeit und Kontrolle der Gewaltausübung) an die Stelle des symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums der Politik setzt – die Differenz von Symbolen und Symbiotik also einebnen. Diese dritte Klasse von Autoritarismen hängt häufig mit der Zeitdimension des Sinns zusammen, also mit der Vorstellung und Überzeugung, dass die Dringlichkeit der durch Zeitknappheit diktierten Entscheidungsimperative das für eine Demokratie wohl unabdingbare Verfügen über Zeit (in einer Krisensituation oder im Krieg) nicht mehr zulässt.

Wir schließen das Argument dieses Textes an dieser Stelle ab. Es wird deutlich geworden sein, dass der Text eine propädeutische Funktion hat, im Sinne einer Einleitung zu umfassenderen Untersuchungen der Geschichte und Theorie der politischen Regimes der Weltgesellschaft. Dieser Text verkörpert eine erste Annäherung: historische Vignetten zu Schweden und den USA, die ihrerseits ausgearbeitet werden müssen, eine tentative Systematik der Dimensionen des Umbruchs in der Inklusionsordnung der Moderne, der Demokratie als eine reale Möglichkeit eines politischen Regimes heraufführt; eine kontrastierende Beschreibung von Demokratie und Autoritarismus als zwei Formen politischer Regimes, die im einen Fall die politische Sphäre als einen zentralen Ort gesellschaftlicher Wertbildung denken (Demokratie), im anderen Fall auf Wertordnungen aufrufen, die als unnegierbar gedacht werden und den politischen Raum im Sinne autoritärer Regimes restrukturieren.

LITERATUR

28

- » Adams, J., 1787: A Defence of the Constitutions of Government of the United States of America. London.
- » Economist, 2014: Democracy Index 2014. Democracy and its discontents. The Economist Intelligence Unit.
- » Emerson, R.M., 1962: Power-dependence relations. American Sociological Review 27: 31-41.
- » Habermas, J., 1962: Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied am Rhein: Luchterhand.
- » Higgins, A. & A.E. Kramer, 2015: Ukraine Leader Was Defeated Even Before He Was Ousted. New York Times. 4.1.2015, A1.
- » Luhmann, N., 1975: Macht. Stuttgart: Enke.
- » Mares, I., 2015: From Open Secrets to Secret Voting. Democratic Electoral Reforms and Voter Autonomy. Cambridge: Cambridge University Press.
- » Mersch, C., 2014: Die Welt der Patente. Soziologische Perspektiven auf eine zentrale Institution der globalen Wissensgesellschaft. Bielefeld: Transcript.
- » Parsons, T., 1969a: On the Concept of Political Power. S. 352-404 in: T. Parsons (Hrsg.), Politics and Social Structure. New York: Free Press.
- » Parsons, T., 1969b: Politics and Social Structure. New York: Free Press.
- » Pocock, J.G.A., 1975: The Machiavellian Moment: Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition. Princeton: Princeton University Press.
- » Quincy, J., 1774: Observations on the Act of Parliament, commonly called The Boston Port Bill, with Thoughts on Civil Society and Standing Armies.
- » Scott, F.D., 1988: Sweden. The Nation's History (Enlarged Edition). Carbondale and Edwardsville: Southern Illinois University Press.
- » Sejersted, F., 2011: The Age of Social Democracy. Norway and Sweden in the Twentieth Century. Princeton and Oxford: Princeton University Press.

- » Stichweh, R., 1984: Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740-1890. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- » Stichweh, R., 1997: Universität und Öffentlichkeit. Zur Semantik des Öffentlichen in der frühneuzeitlichen Universitätsgeschichte. S. 103-116 in: H.-W. Jäger (Hrsg.), Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert. Göttingen: Wallstein.
- » Stichweh, R., 2003: Genese des globalen Wissenschaftssystems. Soziale Systeme 9: 3-26.
- » Stichweh, R., 2006: Zentrum/Peripherie-Differenzierungen und die Soziologie der Stadt: Europäische und globale Entwicklungen. S. 493-509 in: F. Lenger & K. Tenfelde (Hrsg.), Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung – Entwicklung – Erosion. Köln, Weimar, Wien: Böhlau.
- » Taylor, J., 1814: An Inquiry into the Principles and Policy of the Government of the United States. Fredericksburg, Va.: Green and Cady.
- » Wood, G.S., 1998: The Creation of the American Republic, 1776-1787. Chapel Hill and London: The University of North Carolina Press.

ÜBER DEN AUTOR

Rudolf Stichweh ist Dahrendorf Professor für Theorie der modernen Gesellschaft und Direktor des »Forum Internationale Wissenschaft« der Universität Bonn. Er ist Mitglied der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste in Düsseldorf und ein ständiger Gastprofessor der Universität Luzern (Schweiz) und Gastprofessor des »Department of Sociology« der University of Chicago (2017). Seine Forschungsschwerpunkte sind die Theorie und Geschichte der Weltgesellschaft, der globale Vergleich demokratischer und autoritärer politischer Systeme der Gegenwart, die Soziologie und die Geschichte der Wissenschaft und der Universitäten seit dem europäischen Mittelalter, Systemtheorie und Evolutionstheorie und die soziokulturelle Evolution menschlicher Gesellschaften in den letzten 60.000 Jahren (seit der Herausbildung des Homo Sapiens).

30

Buchveröffentlichungen: Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen: Physik in Deutschland 1740-1890 (1984); Der frühmoderne Staat und die europäische Universität (1991); Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen (2000); Der Fremde. Studien zu Soziologie und Sozialgeschichte (2010), Wissenschaft, Universität, Professionen (2. Aufl., 2013); Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie (2. erweiterte Auflage, Mai 2016). In Vorbereitung: »Theorie der Weltgesellschaft«.

FIW WORKING PAPER



Titel: Zum Forschungsprogramm des Forum Internationale Wissenschaft der Universität Bonn

Autor: Rudolf Stichweh

Datum: September 2015

ISBN: 978-3-946306-00-9



Titel: Following the Problems. Das Programm der Nachwuchsforschergruppe „Entdeckung, Erforschung und Bearbeitung gesellschaftlicher Großprobleme“

Autoren: David Kaldewey, Daniela Russ, Julia Schubert

Datum: September 2015

ISBN: 978-3-946306-01-6



Titel: Politische Demokratie und die funktionale Differenzierung der Gesellschaft. Zur Logik der Moderne

Autor: Rudolf Stichweh

Datum: April 2016

ISBN: 978-3-946306-02-3